

**Zusammenfassung von
REVOLUTION DER DEMOKRATIE. Eine Realutopie
erschienen November 2003 im Maas Verlag, Berlin (444 S.)
(Gewidmet M. Gorbatschow und den Hörern des Autors im Studium
Generale der HU, 1998-2002)**

I EINFÜHRUNG - Vom Schlagwort zum Reizwort

„Demokratie“ war eines der größten Schlagwörter des 20. Jahrhunderts. Wahrscheinlich wird es rückblickend einmal als das größte und zentrale überhaupt gesehen werden. Der Autor geht jedoch von der von der manche provozierenden, für manche wiederum selbstverständlich scheinenden Feststellung aus, dass dieses Schlagwort ein bisher unerfülltes Versprechen geblieben ist, dass wir auch in den demokratischen Ländern allenfalls in einer „Halbdemokratie“ leben. Der Autor unternimmt einen „kleinen Hindernislauf“ durch folgenden beliebten Vorurteile oder Halbwahrheiten:

1. Demokratie ist eine ziemlich schlechte Staatsform, aber es gibt keine bessere. Es gibt in der Tat keine bessere Staatsform als Demokratie (im Sinne einer tendenziellen Identität von Regierenden und Regierten). Einzige „kleine Schönheitsfehler“: Sie ist bis heute weder hinreichend durchdacht noch verwirklicht. Es gibt aber zuviel Verliebtheit in die Unvollkommenheit: als Weisheit und Realismus getarnte Trägheit oder Opportunismus der Wohlsituierten.

2. Die politische Wissenschaft zeigt, dass die Menschen doch im Großen und Ganzen mit der Demokratie zufrieden sind. Die politische Wissenschaft hat mehrheitlich nicht den Mut zuzugeben, wie extrem unzufrieden die Menschen mit der real existierenden Demokratie sind. Und nicht den Mut, die Berechtigung dieser Unzufriedenheit anzuerkennen.

3. Wir können ja doch nicht viel ändern, am wenigsten unsere Verfassung. Noch können wir soviel ändern, wie wir einsehen. Das wird nicht immer andauern. Das deutsche Grundgesetz lädt derzeit ausdrücklich zu einer neuen Verfassung ein (Artikel 146 GG) – selbst wenn der europäische Konvent wieder einmal eine große demokratische Chance ungenutzt lassen wird.

4. Mag sie noch so unvollkommen sein, so gibt es doch keine Alternative zu dieser in kleinen Schritten „lernenden Demokratie“. Dass wir bestenfalls Halbdemokratien haben, gehört zum wenig ausgesprochenen Volkswissen. Die „politische Klasse“ und die, die vom Bestehenden profitieren, wollen dies verschweigen und konstruktive Alternativvorschläge nicht diskutiert haben. Angeblich gibt es „keine Alternativen“.

5. Jeder kann nur bei sich selbst anfangen. Jeder muss in der Tat bei sich selbst anfangen, aber mit praxisbezogenem Denken für die Allgemeinheit. Dadurch geht der Einzelne bereits aus der privaten Hilflosigkeit in öffentliche Wirksamkeit über, mehr als mit persönlichem Moralisieren. Strukturelle Einsicht und Aufklärung über Zusammenhänge sind erste Demokratenpflicht.

6. Die soziale Wirklichkeit kann nur spontan von unten her aufgebaut werden. Die Kräfte der spontanen Gemeinschaftsbildung von unten können nicht ohne das Bedenken des Ganzen, nicht ohne die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen gedeihen

7. Denken hilft schon gar nicht, nachdem alles längst beredet ist. Praxisbezogenes Denken ändert jedoch Haltungen und geht auf Handeln aus. Das

freischwebende intellektualistische Hin- und Herräsonieren ohne Folgen stellt dagegen ein missbräuchliches Halbdenken dar.

8. Weltweit gesehen, könnten wir froh sein, wenn erst einmal alle Länder unsere Sorgen mit der Demokratie hätten. Weltweit gesehen haben wir in unseren Halbdemokratien die große Verantwortung, die Demokratie für die Entwicklungsländer attraktiver zu machen.

9. Heute steht erst einmal die ökologische Frage auf der Tagesordnung. Der Öko-Dringlichkeitsalarm seit dreißig Jahren führt zur Erhöhung des zivilisatorischen Stresses, aber in der Sache nicht entscheidend weiter, weil keine angemessenen politischen Handlungsstrukturen organisiert sind. Die scheinbaren Natur-Probleme sind in Wahrheit ein Gesellschafts- und Demokratieproblem.

10. Am allerdringlichsten sind aktuell die Probleme der Wirtschaftspolitik, des Sozialstaates der Sozialpolitik (Arbeitslosigkeit, Steuern, Rente, Gesundheitswesen usw.) Doch gerade an diesen Sachproblemen zeigt sich die Demokratie-Problematik derzeit besonders krass: Das Parteiensystem ist systemisch unfähig zu sachlicher Politik. Selbst die besten Lösungsansätze kommen in die Mühlen der Parteistrategien.

II GESCHICHTLICHE ORIENTIERUNG - Demokratie von gestern

Ein unfertiger Suchprozess. Einerseits ist die moderne Demokratie menscheitsgeschichtlich so jung, dass sie bis heute nicht als etwas Fertiges gelten kann. Sie ist die Jahrhunderte hindurch bis heute noch immer in einem mühsamen Suchprozess begriffen! In dieser Einsicht liegt ein bedeutsames Korrektiv gegenüber dem verbreiteten Demokratie-Triumphalismus.

Beispielsweise: Das allgemeine Wahlrecht unter Einschluss der Frauen wurde erst 1930 in England und erst 1971 in der Schweiz auf Bundesebene eingeführt! Wenn man also das Kriterium „allgemeines Wahlrecht“ anlegt, wird deutlich: Die sich unter aller Ermahnungs-, Bejubelungs-, Erbauungs- und Detailabzählungs-Literatur zur Demokratie biegenden Bücherregale täuschen leicht darüber hinweg, in welch zartem Jugendalter sich demokratische Theorie und Praxis noch befinden. Die Aufbruchsstimmungen, besonders in Deutschland nach 1945 wie die leider nur sehr kurze von 1989, lassen das manchem, der nach dem jeweiligen Ende der Diktaturen aufgeatmet hat, unglaublich erscheinen.

Auch die Demokratie in Amerika ist eine durchaus keine so frag- und fleckenlose Angelegenheit, wie sie sich in der Selbstdarstellung von Siegern darstellt, selbst wenn wir von den jüngsten alarmierenden Entwicklungen seit dem 11. September 2001 noch absehen.

Die theoretischen Unsicherheiten und praktischen Mängel und sind jedoch nicht sosehr das Ergebnis eines Verfalls von etwas einmal großartig Etabliertem. Sie sind die im Laufe der Zeit stärker sichtbar werdenden Leistungsgrenzen, das Unausgedachte am Bisherigen.

In Deutschland zumal wird es Zeit, dass wir Demokratie von einem Nachkriegs-Importartikel der Siegermächte zu etwas eigenständig Durchdachtem und Gelebtem gestalten! Dies würde eigentlich die wiedergewonnene Souveränität ausmachen.

Merkwürdigkeiten der langen Geschichtsschreibung. Auf der anderen Seite besteht ein Hauptmangel der üblichen Geschichtsschreibung zur Demokratie darin, dass die neuzeitliche Demokratie als späte Frucht der Menschheitsentwicklung hingestellt wird, mit dem angeblich einzigen Vorspiel der griechischen Polis, das auf die Philosophen zurückgeht.

Demokratie kann jedoch als **die älteste Regierungsform** angesehen werden. Anthropologische Basis dieser historisch ungewohnten These ist, dass der Mensch von Anfang an in solidarischer Gemeinschaft lebte, die sich Regeln gab. In vielen frühen Kulturen dürften Formen **direkter Demokratie auf lokaler Ebene** praktiziert worden sein. Die älteste Regierungsform kann Demokratie aber nur sein, wenn sie die dem Menschen naturgemäße Form des Zusammenlebens, der Gemeinschaftsorganisation ist.

Vorläufige Demokratiedefinition. Demokratie ist Selbstregierung des Volkes, oder in der berühmten Gettysburg-Formel von Lincoln aus dem Jahr 1863: ‚government of the people, by the people, for the people‘. Alle drei hier enthaltenen Präpositionen weisen mit unterschiedlichem Nachdruck auf Wesensmerkmale der Demokratie hin: daß in der Demokratie die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht (of), daß sie durch das Volk (by); und in seinem Interesse (for) ausgeübt wird.

Die **liberalistische, an Gewaltenteilung orientierte Linie** ist die für die Entwicklung westlicher Demokratien entscheidende. Heißt dies aber, dass die andere, die **direktdemokratische Linie** von den frühgeschichtlichen direkten Demokratien über Rousseau, Marx und die bestehende Praxis direkter Demokratie (in den frühgeschichtlichen Gemeinschaften, heute in der Schweiz wie in kleineren Gemeinschaften) bis zu ihrer gegenwärtigen Befürwortung einfach hinfällig ist? Oder gibt es hier eine innere, nicht oberflächlich-diplomatisierend von außen herangetragene Synthese?

III DER SYSTEMATISCHE GRUNDANSATZ - Vom handelnden Menschen zum sozialen System - das Missing Link

Dieses grundlegende Kapitel enthält eine philosophische Anthropologie in gedrängter, aber phänomenologisch klar begründeter Form. Der Autor geht auf die tiefsten Grundlagen des Menschenbildes zurück: auf die menschliche Selbstreflexion als Methode und Inhalt des Denkens. Er zeichnet den Menschen als ein „Reflexionswesen“, ein zur vollen Selbstbezüglichkeit fähiges Ich, das sich jedoch nicht monologisch, sondern nur dialogisch reflektieren kann: im Gefüge der „**Sinnelemente**“ Ich, Du, Natur und dem Sinnmedium, wie Heinrichs die meist übersehene Voraussetzung der Kommunikationsgemeinschaft nennt. Die „gelebte Reflexion“ muss von der theoretisch-nachträglichen, objektierenden Reflexion grundsätzlich unterschieden werden.

Diesen vier Sinnelementen entsprechen vier **Handlungsarten** sowie vier Stufen des **sozialen Handelns**. Das soziale Handeln wird zwar „klassisch“ mit Max Weber als Orientierung des Handelns am Verhalten anderer definiert. Doch diese „Orientierung“ wird als interpersonale, gelebte und zugleich **praktische Reflexion** weiter gedacht. Dabei zeigt sich die entscheidende **strukturelle Konstante** die Vierstufung des sozialen Handelns in

- (1) instrumentales Behandeln des Anderen,
- (2) strategisches Berücksichtigen des Anderen für die eigenen Interessen,
- (3) kommunikatives Eingehen auf die Erwartungen und Wünsche des Anderen,
- (4) Eingehen auf die *metakommunikativen* Voraussetzung und Normen.

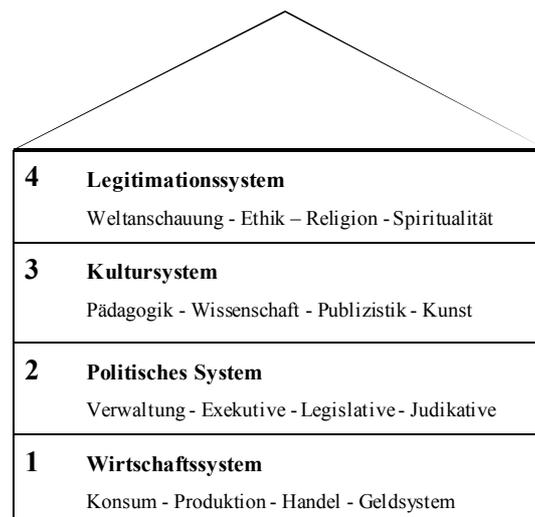
Hier werden unter anderem systematisch ungeklärte Ausdrücke von Habermas in eine Stufenordnung gebracht. Die soziale Reflexion liefert die Antwort auf die (besonders in der Habermas-Luhmann-Diskussion) unbeantwortet gebliebene Grundfrage, wie es vom individuellen Handeln zum sozialen System kommen kann. Soziale Reflexion ist der Baustoff, das Bindemittel, aber auch das architektonische Prinzip des Sozialen schlechthin.

IV SPRUNG IN DEN GROSSEN ORGANISMUS - Differenzierung von Subsystemen

Die Struktur, die im vorigen Kapitel an der primären, privaten Interpersonalität aufgezeigt wurde, wird nun „kühn“, aber sorgfältig begründet, auf die großen sozialen Systeme übertragen, insbesondere auf die staatlich organisierte Gesellschaft. Auch hier kennt man zwar die Unterscheidungen irgendwie schon immer. Der für Theorie und Praxis entscheidende Fortschritt liegt indessen zwischen dem „Irgendwie“ und der reflexionslogisch klar begründeten Unterscheidung von:

- (1) **Wirtschaftssystem**, gebündelt in dem Medium **Geld**, das heute ein merkwürdiges Eigenleben über den realwirtschaftlichen Vorgängen entfaltet
- (2) **Politiksystem**, gegründet auf dem Macht bändigenden **Recht**, der Grundlage des neuzeitlichen Rechtsstaates.
- (3) **Kultur**, dem Inbegriff der Kommunikation, der Sitten und Gebräuche bis zu den künstlerischen Äußerungen eines Gemeinwesens. Für alles Kulturelle ist **Sprache** das entscheidende Medium.
- (4) **Legitimations- oder Letztwertesystem**, das sich heute in einer Pluralität von Weltanschauungen, ethischen Einstellungen und Lehren, Religionen und transreligiösen, spirituellen Einstellungen zeigt. Als gemeinsames Medium benennt der Autor **Axiome und Riten**.

Mit einigen weiteren, immer durch das Reflexionsprinzip begründeten und viele Zusammenhänge klärenden Untergliederungen wird das staatliche Haus so dargestellt:



Figur: Das zweidimensionale Viergliederungshaus (Oikos)

Diese Subsysteme oder organismischen Ebenen sind bei aller Gesellschaftsbildung stets latent vorhanden, deshalb ja auch stets in der Diskussion, aber auf unklare und folgenlose Weise.

Die Moderne ist durch den Prozess ihrer **realen Differenzierung** gekennzeichnet. Der Autor behauptet nun, dass wir den tieferen Anliegen der Moderne noch längst nicht gerecht geworden sind und lieber ins unbestimmte „Postmoderne“ ausweichen, als unsere modernen, evolutiv anstehenden „Schulaufgaben“ zu machen: Das heißt, jener latenten „Viergliederung“ in politischen Institutionen auf theoretisch klare und praktisch wirksame Weise Rechnung zu tragen.

Wenn „Nachhaltigkeit“ im spezifisch sozialen Sinn nicht länger ein bloßes Anhängsel an die Ökologie sein soll, dann müsste sie als **Kreislauffähigkeit** dieser Organismus-Ebenen realisiert werden.

V DIE PRAKTISCHE KERNFORDERUNG - Vier „Herzkammern“ der Demokratie: vier Parlamente

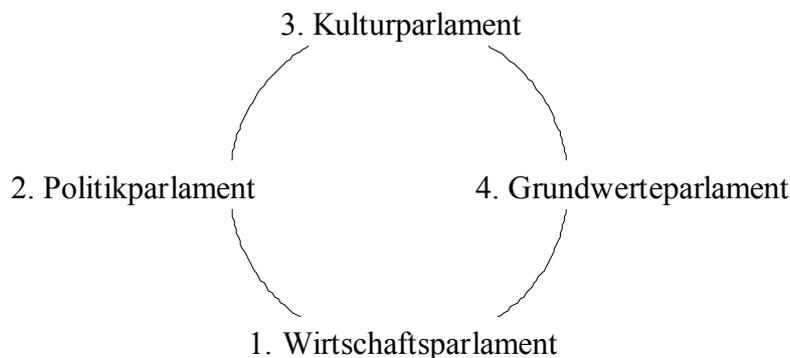
Die kommunikative Stufe unter den klassischen „Gewalten“ (Funktionen des Staates) bildet die Legislative, das Parlament. Diese Instanz der Beratung der beauftragten Volksvertreter miteinander, die Instanz der Gesetzgebung sowie der Kontrolle des Regierungshandelns bildet das Herzstück einer modernen Demokratie (wie die Volksversammlung das der frühgeschichtlichen Demokratien).

Das körperliche Herz aber besteht – das wurde erst in der Neuzeit mühsam entdeckt - aus vier Kammern. Das ist ein treffendes Bild für den entscheidenden Schritt zu einer wirklich modernen Demokratie: Wir brauchen jeweils unabhängig gewählte Parlamente für die vier großen Subsysteme oder Politikbereiche, und zwar in folgender hierarchischer Reihenfolge:

- Das **Grundwerteparlament**, das ein faires Miteinander der in der Bevölkerung vertretenen Weltanschauungen, Ethiken, religiösen Gemeinschaftsformen und transreligiösen, spirituellen Positionen gewährleistet. Aus diesem fairen Miteinander der eigens hierfür gewählten Vertrauensleute der Bevölkerung werden situationsangepasste Entscheidungen über die ethischen Grundlagen der Gesetzgebung getroffen. Nicht ein ethischer „Diskurs“ von obrigkeitlich bestimmten Experten kann in einer Demokratie entscheidend sein, sondern die **Wertekommunikation** beauftragter Delegierten, die zugleich gesetzgebende Befugnis haben.
- Das **Kulturparlament**, das ebenfalls eigens für den Bereich Kultur (Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik, Kunst) gewählte und verantwortliche Experten, besser Vertrauensleute versammelt. Soweit dies in der Bundesrepublik nicht Ländersache bleibt, werden hier in sachkompetenter kulturpolitische Entscheidungen getroffen. Die Kultur ist nicht länger Anhang der Politik im engeren Sinn.
- Das **Politikparlament** befasst sich mit den im engeren Sinn politischen Aufgaben: Boden- und Verkehr, Sicherheit nach innen und außen, Außenbeziehungen und Rechtsentwicklung. Auch hierfür werden fachlich ausgewiesene Vertrauensleute direkt von der Bevölkerung gewählt.
- Das **Wirtschaftsparlament** besteht aus den für Wirtschaftsfragen gewählten Vertrauensleuten (nicht nur Ökonomieprofessoren). Es wird erstmals in der Geschichte einen von politischen und anderen Rücksichten befreiten Diskurs sowie eine darüber hinausgehende Wertekommunikation über die Grundfragen der Wirtschaft führen und laufend über wirtschaftspolitische Gesetzgebung beraten.

Die hier angegebene Hierarchie bedeutet nicht Weisungsbefugnis von oben nach unten, wohl aber **Rahmenkompetenz**: Die nachgeordneten parlamentarischen Ebenen behalten voll ihren eigenen Kompetenzbereich. Sie sind wohl an die Rahmenvorgaben der jeweils übergeordneten Parlamente gebunden.

Damit ist im Prinzip eine Umkehrung der heute bestehenden und zu beklagenden Determination des ganzen Gemeinwesens von der Wirtschaft her eingeleitet. Jedoch darf die bisherige „materialistische“ Dominanz nicht einfach durch eine „idealistische“ Dominanz ersetzt werden. Es muss vielmehr in der Gesetzgebung eine **Rückkoppelung** der jeweiligen Gesetzgebung durch Berücksichtigung der jeweils anderen Parlamente in 1., 2. Und 3. Lesung eingebaut werden. Dadurch wird das hierarchische Verhältnis der Parlamente durch ein zirkuläres Verhältnis ergänzt:



Figur: Der Kreislauf eines viergliederten Parlamentarismus

Entscheidend neu ist die **bereichsspezifische Wahl** und Verantwortung der Delegierten. Dies hat notwendig zur Folge, dass die bisherigen Blockparteien keine Existenzgrundlage im parlamentarischen Geschehen sowie in den Wahlvorgängen mehr haben. Diese Parteien alten Stil, gekennzeichnet durch systemnotwendige Unsachlichkeit, müssen **neuen Sachlichkeitsparteien** Platz machen. Dies ist kein Wunschdenken, sondern ebenfalls systemnotwendig: Wenn bereichsspezifisch gewählt und diskutiert wird, können nur noch bereichsspezifische Gruppierungen überleben – ebenso wie sie derzeit nicht existieren können. Dergestalt, dass derzeit eine Schicht aus den 2-3 % Parteimitgliedern die politische Klasse und Herrschaft über unser Gemeinwesen bilden, im Verein freilich mit den demokratisch unkontrollierten Wirtschaftsmächten.

VI KONSEQUENZEN IN FÜLLE - Die nicht-parlamentarischen „Gewalten“

Ebenso wie sich das Parlament gemäß den organismischen Ebenen oder Subsystemen gliedert, ist dies theoretisch auch der Fall bei den anderen „Gewalten“, wie die Funktionen des Staates ursprünglich genannt wurden.

Allerdings braucht die damit **potenzierte Gewaltenteilung** (viermal vier)

keineswegs zu komplizierten institutionellen Unterscheidungen zu führen. Im Gegenteil geht es um Transparenz und demokratische Kontrolle der staatlichen (gebietskörperschaftlichen) Einrichtungen, von der man bisher wirklich nicht sprechen kann.

Die klassische „trikolorische“ (dreifarbige) **Gewaltenteilungslehre** mit der Unterscheidung von Exekutive, Legislative, Judikative war zwar ein wichtiger historischer Durchbruch. Doch fehlte erstens die systematische Begründung, die hier erstmals aufgrund der Reflexionstheorie gegeben wird. Zweitens wurde bei der Exekutive nicht die **politische Exekutive** von der **Verwaltungsexekutive** unterschieden. Die letztere ist nicht der verlängerte Arm der politischen Exekutive. Das trifft zwar von der Ministerialbürokratie zu, nicht aber von der eigentlichen Verwaltung, die nichts anderes zu tun hat, als bestehende Gesetze sinngemäß anzuwenden, während die politische Exekutive regieren, das heißt in einem großem Spielraum rechtzeitig entscheiden und handeln soll

Die Verwaltungsbürokratie stand bisher kaum unter demokratischer Kontrolle. Sie muss sich von einer Art „feindlicher Besatzungsmacht“ zu einer Selbstverwaltung des Volkes hin entwickeln. Es macht wenig Sinn, eine zusätzliche „**Bürgergesellschaft**“ zu fordern, ohne an solche Verfassungsmisstände zu rühren wie den, dass die Verwaltungsexekutive sich weitgehend der demokratischen Kontrolle entzieht. Daraus folgen unter anderen folgende Postulate:

- An der Spitze einer jeden Verwaltungsbehörde müssen entweder direkt demokratisch gewählte oder von den zuständigen Parlamenten **gewählte Chefs/Chefinnen** stehen, die für Effizienz und Bürgerfreundlichkeit der Behörden verantwortlich sind.
- Die **Bürgerbeauftragten**, die es für manche Bereiche wie Datenschutz bereits gibt, muss es für jede Behörde geben.
- In jedes Amt gehört obligatorisch ein **Schaubild (Organigramm)**, welches Behörde dieses Amt direkt und indirekt untersteht und wie die Behörde ins Gesamt des Gemeinwesens einzuordnen ist, einschließlich Angabe der Beschwerdemöglichkeiten und des zuständigen Bürgerbeauftragten.

VII EINE ZUSÄTZLICHE ARCHITEKTONISCHE DIMENSION - Die Dreiheit von Staat – Privatem – Öffentlichem

Die heutige „bürgergesellschaftliche“ Bewegung darf also den Staat in seiner gegenwärtigen „Verfassung“ nicht ungeschoren lassen. Sie darf nicht am Staat vorbeidenken, als sei es schon obrigkeitliches Denken, sich über seine Neukonzeption Gedanken zu machen. Sonst werden die vielen guten Ansätze „von unten“ leicht zu Gesellschaftsspielen auf der Titanic. Neben und quer zu der aufgezeigten Vierheit gilt es, in allen Bereichen der Dreiheit von Staat – Privatem - Öffentlichem Rechnung zu tragen. Das ist anders und konsequenter gedacht als die oft zu hörende Dreiheit von Staat – Markt – Gemeinschaft. Denn der Markt ist keineswegs allein der Inbegriff der privaten Initiativen. Und das Öffentliche sind nicht nur Nachbarschaftsgemeinschaften, die hilfreich einspringen, wenn das Offizielle nicht mehr funktioniert. Das Öffentliche umfaßt vielmehr die ganze Fülle gemeinnütziger Initiativen.

*Mit diesem begrifflichen Instrumentarium ist **Bürgergesellschaft** nicht bloß als Freiheit vom Staat, sondern als Befreiung zur Eigeninitiative zu denken, und zwar auf allen vier Ebenen:*

- Befreiung vom **Klassenstaat** (dessen „Demokratie“ bisher der Privilegierung eines sich aus sich selbst vermehrenden Geldes, des berühmten Kapitals, dient) zu wirklicher wirtschaftlicher Chancengleichheit.
- Befreiung vom **Parteienstaat** zu kommunikativer Sachlichkeit innerhalb wie außerhalb der neuen Parlamente
- Befreiung vom **Schulmeisterstaat** zu kultureller Kreativität
- Befreiung vom **Konfessionsstaat** (staatskirchenrechtlicher Überprivilegierung der alten Konfessionen) zum Ernstnehmen bürgerschaftlicher Gewissensfreiheit und echter Kommunikation in Bezug auf die Letztwerte

VIII. DER SOZIALETHISCHE GESICHTSPUNKT - Sozialprinzipien und ihre Evolution

*Das Moralisieren und Appellieren an die Einzelnen, wo es um strukturelle Fragen des Gemeinwesens geht, wurde anfangs als hochideologische Ablenkungsstrategie zurückgewiesen. Nachdem jedoch die „Außenarchitektur“ einer künftigen demokratischen Gesellschaft mit der **Vierheit der Systemebenen** (die auch Wertebenen sind) und der **Dreiheit der Organisationsformen** (staatlich – privat – öffentlich) erarbeitet wurde, hat es Sinn, für die „Innenarchitektur“, nämlich als Richtlinien für Gesetzgebung und andere Normierung des Verhaltens, **sozialethische Prinzipien** geltend zu machen. Das ist bisher in der kirchlichen Soziallehre der Intention nach, jedoch nur unvollständig und unsystematisch geschehen. Die Reflexionsstufung dient dabei als Meta-Prinzip folgender vier großer Sozialprinzipien von ungeheurer Tragweite für das sozialethische Denken:*

- (1) Das **Solidaritätsprinzip** (solidarische Gerechtigkeit): Es gibt kein isoliertes Individuum, sondern eine ursprüngliche Verbundenheit der Individuen. Freiheit muss als eine ursprünglich gemeinsame, eine dialogische konzipiert werden. Für diese gemeinsame Freiheit gilt: „Eine/r für Alle, Alle für Eine/n“, woraus weiter sich der Impuls zu einer solidarischen Gerechtigkeit („Jedem das Seine“, nach dem Maßstab der Gegenseitigkeit) ableitet.
- (2) Das **Rechts(staats)prinzip**: Aus der ursprünglichen Verbundenheit löst sich das Recht als „Regel der gegenseitigen Begrenzung der Freiheiten“ (Kant) heraus. Zwar ist Begrenzung nicht das erste Verhältnis der Freiheiten zueinander, aber doch ein systematisch und evolutiv notwendiges. Insbesondere in Bezug auf Äußeres sind Dein und Mein gut zu unterscheiden, folglich mein Recht und dein Recht, auch meine Leistung und deine Leistung. Auf dem Prinzip des Rechts ist auch der Rechtsstaat gebaut: Durchaus nicht die Totalität menschlicher Gemeinschaft und Gesellschaftlichkeit, aber deren schützende Minimalstruktur.
- (3) Das **Subsidiaritätsprinzip**, das den Aufbau menschlicher Gesellschaft von unten nach oben fordert und nichts Geringeres als das Prinzip der **demokratischen Souveränität** beinhaltet.
- (4) Das **Viergliederungsprinzip** selbst, das hier erstmals ausführlich thematisiert wird. Es bietet als sozialethischer Maßstab ein Prinzip der alltäglichen Zuordnung und Gewichtung unzähliger Fragen des öffentlichen Lebens, ob es sich um Religionsfragen (Kruzifixe und Kopftuch in der Schule), Kulturfragen (Gastfreundschaft der Kulturen im Verhältnis zu ausländischen Mitbürgern), im engeren Sinn politische oder wirtschaftliche Fragen handelt. Es lässt sich auch als das Prinzip der „Integration durch Differenzierung“: Probleme können nur integral gelöst werden durch die Ebenen-Differenzierung.

*In der Herausbildung der Sozialprinzipien ist durchaus ein Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit“ (Hegel) zu erkennen. Was heute zum Durchbruch kommt, ist **das konstruktive Paradigma**: nicht mehr die „Freiheit von“ alten Ketten ist die Aufgabe*

der Gegenwart, sondern die konstruktive „Freiheit zu“ neuen, höheren Sozialgestalten steht geistesgeschichtlich an. Die bisherige Demokratie basierte auf dem Paradigma der Befreiung des Bürgers von den alten, feudalen Bindungen. Dieses Paradigma reicht nicht mehr aus für die heute offensichtlich erforderliche Neugestaltung.

IX ZUKUNFTSGERICHTETE SYNTHESSEN - Demokratie von morgen

Neue Demokratiedefinition. Der heute erkennbare Idealtyp von Demokratie ist somit ein solidarischer, sozialer (1) Rechtsstaat (2), worin die als Volk vorweg vereinigten Individuen ihre Macht (Souveränität) subsidiär delegieren (3) und ein kreislauffähiges Kompetenzsystem zur Realisierung der gemeinsamen Werte (des Gemeinwohls) einrichten (4).

Während Sozialstaat (1) und Rechtsstaat (2) auch ohne Demokratie möglich waren und wären, bilden: die **subsidiäre Delegation der Macht** (3) sowie **das kreislauffähige Kompetenzsystem** (4) das Spezifische der Demokratie.

Das letzte Definitionselement ist historisch neu. Es dürfte aber unabdingbar zu einer Demokratie der Zukunft gehören. Denn nur durch das gestufte Kompetenzsystem ist Realisierung gemeinsamer Werte demokratisch denkbar.

Repräsentative und direkte Demokratie. Der Autor spricht sich für Stärkung der direktdemokratischen Elemente aus, jedoch nicht auf Kosten der repräsentativen Elemente. Vielmehr geht es ihm um eine innere Synthese beider Spielarten der Delegation von Macht.

Die direkte Demokratie basiert auf dem **Mehrheitsprinzip**, die repräsentative Demokratie bringt qualifizierende Elemente hinzu und basiert zugleich auf **Vertrauen** und stellvertretender **Beratung**.

Würde dies voll gewürdigt, erwiesen sich zahlreiche Einwände gegen Demokratie als bloßer Mehrheits-Herrschaft als hinfällig. Die demokratische Mehrheitsregel wäre in der Tat „der Unsinn“ (F. Schiller), wenn es bei ihr um die pure Quantität, nicht um eine bereits durch Beratung qualifizierte Mehrheit ginge!

Das einseitig quantitative Verständnis der Demokratie führt zu Zynismus, auch wegen der erschreckenden Abhängigkeit dessen, was „Mehrheit“ heißen soll, von der Wahlgesetzgebung. Wenn es allein auf quantitative Mehrheit ankäme, wäre die Demokratie ungläubwürdig und zunächst moralisch, dann bald auch politisch erledigt.

Beauftragung aufgrund von persönlichem Vertrauen und sachlichem Zutrauen in die Kompetenz der Beauftragten bilden auch den großen Unterschied zum imperativen Mandat in einem Rätssystem, das eigentlich „subsidiär“ und basisdemokratisch, von unten nach oben, funktionieren soll, jedoch nicht funktionieren kann, solange nicht die vertrauensbasierte Übergabe von Vollmacht erfolgt.

Demokratie als Staatsform der Kommunikation (wozu Vertrauen und Beratung gehören) hängt wesentlich von der Qualität ihrer „**kommunikativen Gewalt**“ ab, der parlamentarischen. Es versteht sich aber, dass außer der formell beauftragten Kommunikationsfunktion der Parlamente die **informellen Beratungsprozesse** überall in der Gesellschaft von großer Bedeutung sind.

Der Autor zeigt auf, dass die direkte Demokratie in größeren Gemeinwesen selbst nur so gut sein kann wie ihr repräsentativer Arm, weil ihr eigenes Funktionieren (Vorschlagsrecht, Fragealternativen formulieren usw.) von diesem Arm abhängt.

Eine Synthese beider Demokratiearten, welche die Vorteile und nicht die Nachteile beider zur Geltung bringt, ist aber möglich: durch die sachgemäße Differenzierung der Politikbereiche, durch Wandlung der Einheitsparteien zu jeweiligen, problemangepassten Sachparteien im Sinne der Viergliederung. Der entscheidende Schritt zur **repräsentativen Demokratie, die zugleich direkt ist**, besteht darin, dass Parteien sowie Einzelkandidaten nach ihrer Stellung zu anstehenden Sachproblemen bereichsspezifisch gewählt werden.

*Was wir allerdings ernsthaft in Betrachtung ziehen sollten, ist der heute mögliche Ausbau einer „**elektronischen Demokratie**“ in Form von häufigen Abstimmungen mittels eines elektronischen Wählerausweises.*

X STRATEGIEN UND ABGRENZUNGEN - Aufklärung als revolutionäre Praxis

Fragt man nach verwandten evolutionären Bestrebungen, muss dazu vor allem die oft fehlende Unterscheidung von **Endzielen** und **Zwischenzielen** getroffen werden. Manche „Halbheiten“ können wichtig sein, wenn sie bewusst als solche, als Zwischenschritte verstanden werden. Gilt dies auch für unseren neuen „nationalen Ethikrat“ oder den „Nachhaltigkeitsrat“ die beide von Kanzlers Gnaden einberufen und „sortiert“ wurden?

Andere gute „Halbheiten“ oder Zwischenschritte, sofern sie als solche konzipiert sind: „Dritte Kammern“ von Nichtregierungsorganisationen, die Programme der Geldreformer oder der Globalisierungskritiker um „Attac“, ebenso die heute im Entstehen begriffenen „Bürgerhaushalte“.

Auf der Linie des hier Vertretenen lag auch die Forderung nach einem „Oberhaus“ im Sinne eines „Rates der Weisen“, wie sie Heinrichs' charismatischer Vorgänger auf dem Berliner Lehrstuhl für Sozialökologie, der einstige DDR-Dissident Rudolf Bahro, vertreten hat.

Über jene Unterscheidung von Endzielen und Zwischenzielen hinaus tut sich die Kluft zwischen „Evolutionisten“ und „Revolutionären“ auf: Kommen wir in kleinen Schritten (allein) weiter oder bedarf es großer Sprünge und Brüche? Es versteht sich, dass sprunghafte Revolution auch ein wichtiger Modus der Evolution ist. Die Evolution in Natur und Geschichte macht durchaus Sprünge.

Der heute anstehende wurde bereits von Johann Gottlieb Fichte (1808) als Übergang von der negativen Befreiung zum Zeitalter der konstruktiven „Vernunftwissenschaft“ und „Vernunftkunst“ gekennzeichnet. Noch haben die Sozialwissenschaften das **konstruktive Paradigma** wenig begriffen und ergriffen. Sie sind mehrheitlich noch nicht als Verbündete zu betrachten.

Und die große, notgedrungen schweigende Mehrheit der Bevölkerung? Das Potential an Unzufriedenheit ist national wie weltweit riesengroß. Wie kann es genutzt werden? Heute ist dieses, nicht an die alten Klassengegensätze gebundene Potential, die Masse der Unzufriedenen, das potentielle „revolutionäre Subjekt“. Kann es selbst helfen, das hier entwickelte konstruktive Paradigma von Demokratie-Evolution aus der Theorie in die Praxis umzusetzen?

Der Autor verweist darauf, dass mit konstruktiver Theorie die Aufklärung, jene „lautlose Ansteckung“ (Hegel), selbst eine neue Qualität bekommt: War sie einst und in vielen Wogen immer wieder enthüllend, demaskierend, so kann und muss sie

heute **konstruktive Aufklärung** sein. Der Gestus ist nicht enthüllend, sondern aufzeigend: „Eine andere Demokratie ist möglich“. Die Verbreitung solcher Aufklärung ist selbst eine soziale Praxis ersten Ranges. Um diesen springenden Punkt mit zwei Klassikern zusammenzufassen:

„Ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus“ (G.W.F. Hegel).

„Auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“ (K. Marx).

Hier ist die soziale Praxis des Lesers als Übermittler der konstruktiven Aufklärung über Demokratie selbst angesprochen!

XI. AUSBLICKE - Europäische und Globale Demokratie-Architektur

Die aufgezeigte Viergliederung des politischen Systems gilt auf europäischer wie globaler Ebene in abgewandelter Weise: Hier eröffnet die Unterscheidung der Systemebenen zusätzlich eine Differenzierung der jeweiligen Einheitsbildung: wirtschaftliche, politische, kulturelle und weltanschauliche „Einheit“ Europas können und sollten ganz unterschiedliche Bedeutung haben. Einer monodimensionalen Einheit wird eine multidimensionale Einheitsbildung entgegengesetzt.

Besonders auf Weltebene bildet die jeweils höhere Ebene die Meta-Ebene oder den Maßstab für das, was auf der jeweiligen Ebene geschehen darf:

- Politik als Meta-Ökonomie
- Kultur als Meta-Politik
- Letztwerte als Meta-Kultur
- Recht als Meta-Religion

Klarheit über diese Vieldimensionalität der Einheitsbildung steht der derzeitigen eindimensionalen Globalisierung strikt entgegen.